

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

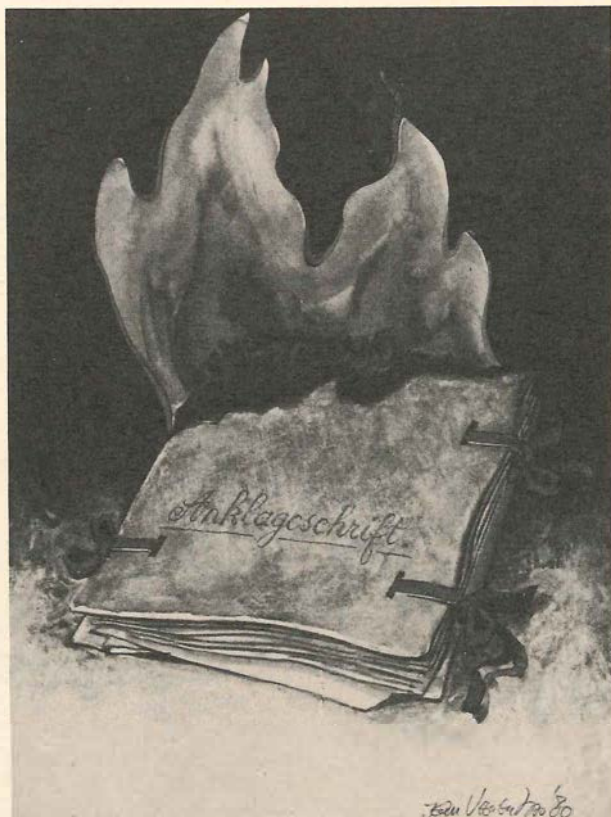


Nummer 1/2/3

Jänner/Februar/März 1981

5 Schilling

FANAL DES FREIHEITSKAMPFES



Fanal des Freiheitskampfes

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat den 70. Geburtstag von Bruno Kreisky zum Anlaß genommen, eine Broschüre unter dem Titel „Fanal des Freiheitskampfes“ über den großen Prozeß gegen die Revolutionären Sozialisten im Jahre 1936 herauszubringen. Entstanden ist eine einzigartige Dokumentation eines zeitgeschichtlichen Ereignisses, das für uns Sozialisten von größter Bedeutung ist. Herbert Exenberger hat den Prozeß sorgfältig dokumentiert, Josef Hindels beleuchtet in seinem einleitenden Beitrag die internationale Situation, in der dieser Prozeß stattfand, Rudolfine Muhr beschreibt die Atmosphäre bei der Reichskonferenz der RS in Brünn, deren Teilnehmer von einem Spitzel verraten wurden, und Rosa Jochmann schildert, wie der Prozeß auf jene Revolutionären Sozialisten wirkte, die den illegalen Kampf weiterführten. Höhepunkt der Broschüre sind die aufrüttelnden Reden, die von einigen Angeklagten im Gerichtssaal gehalten wurden.

Die Reichskonferenz in Brünn

In dem einleitenden Aufsatz von Josef Hindels wird beschrieben, wie es zu dem Sozialistenprozeß kam:

„Die Revolutionären Sozialisten waren eine neue, unter den besonderen Bedingungen des Faschismus und der konspirativen Arbeit entstandene Partei, die autonom ihre Beschlüsse faßte, ohne mit den Vertretern der alten Partei zu brechen, ohne auf den weisen Rat Otto Bauers zu verzichten.

Aber die RS wurden dennoch von der faschistischen Propaganda als die ‚Brünner‘ bezeichnet. Es sollte der Eindruck entstehen, sie seien lediglich die Erfüllungsgehilfen der in Brünn im Exil lebenden Spitzenfunktionäre der alten Partei. Die Zentrale, so wurde gelogen, sei in Brünn, nicht im eigenen Land. Gleichzeitig wurden die Brünner Emigranten von den Austro- und den Nazifaschisten pauschal als Juden bezeichnet, was keineswegs den Tatsachen entsprach. Es handelte sich um einen Appell an die niedrigsten Instinkte, an den in Österreich weitverbreiteten Antisemitismus. So sollte ein Keil getrieben werden zwischen die sozialistischen Arbeiter im Land und die ‚jüdischen Bonzen‘ in Brünn, die von den ‚mitgenommenen Arbeitergeldern im Wohlstand leben‘.

Zu Neujahr 1935 fand in Brünn eine Reichskonferenz der Revolutionären Sozialisten statt. Natürlich erhielten dort die RSler keine Befehle oder Direktiven von den ‚jüdischen Bonzen‘, sondern sie bestimmten ihre politische Linie selbst. Ein Polizeispitzel und ein RSler, der nach seiner Verhaftung zum Verräter wurde, haben die späteren Angeklagten im großen Sozialistenprozeß denunziert und zum Teil schwer belastet.“

Rudolfine Muhr gehörte zu den Delegierten der Reichskonferenz der Revolutionären Sozialisten in Brünn, auf der die programmatische Erklärung „Die Sozialisten rufen zur Aktion“ beschlossen wurde. Sie schreibt:

„Die Reichskonferenz war zu Ende, sie hatte unsere Erwartungen erfüllt. Sie war ein Schritt nach vorwärts auf dem Weg unserer illegalen Arbeit.

Meine Rückreise nach Wien führte mich über Znaim. Auf der Fahrt war ich noch ganz in Gedanken bei dieser so erhebenden Konferenz. Vor 1934 war ich Betriebsrätin und hatte demzufolge viele Verbindungen zu Betrieben. So nahm ich mir vor, mich besonders in der Betriebszellenorganisation zu betätigen. Meine Kontakte, die ich bereits zu Betrieben und den Eisenbahnern hatte, sollten ausgebaut und immer mehr Arbeiter und Angestellte für unsere revolutionäre Bewegung gewonnen werden.

Ich dachte mit Befriedigung an die Debatten, in denen die verschiedenen Meinungen zum Ausdruck kamen, aber auch daran, daß dann der Beschluß über das Aktionsprogramm zustande kam und an die Bereitschaft aller, dieses zu erfüllen.

Der Zug brauste durch die Landschaft und näherte sich immer mehr Wien. Im Zug und in meinem Abteil fuhr der Spitzel mit — mich kannte er nicht, und er wußte nicht meinen Namen.“

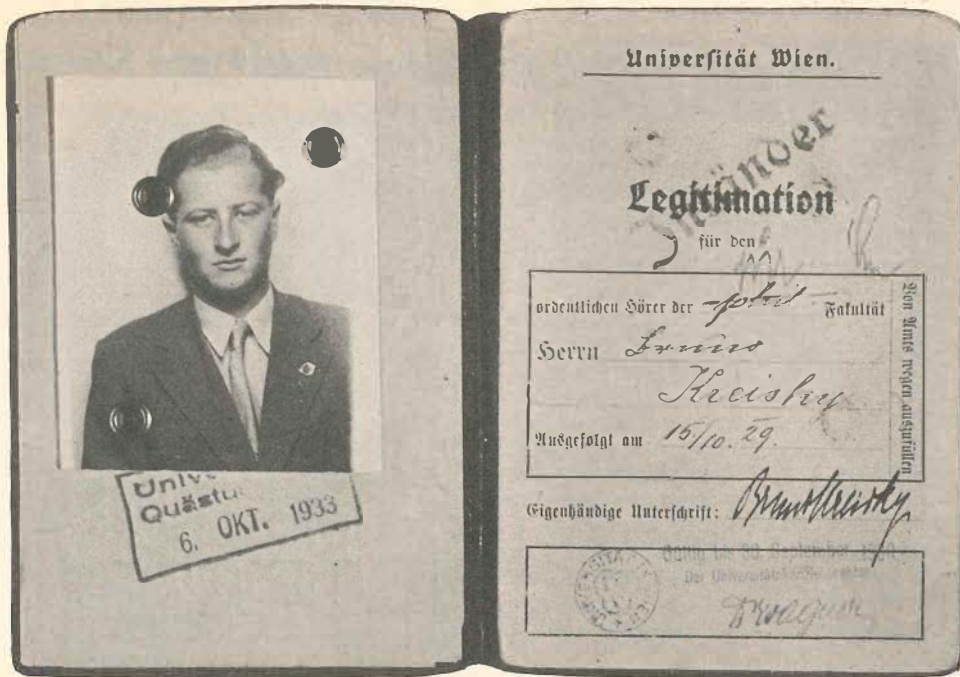
Die Anklage

Die Anklage hatte folgenden Wortlaut:

„Die Beschuldigten Otto Binder, Marie Emhart, Roman Felleis, Karl Fischer, Nathalie Fulda, Siegfried Fűrberg, Karl Fürstenhofer, Theodor Grill, Leontine Haas, Franz Honner, Karl Knechtelsdorfer, Hans Kratky, Josef Kratky, Bruno Kreisky, Andreas Liberda, Josef Mohler, Alois Pfanner, Otto Probst, Anton Proksch, Franz Rauscher, Karl Hans Sailer, Dr. Paul Schick, Josef Wacke, Alfred Weissmann, Stefan Wirlandner, Elise Zerner und Franz Jonas haben im Herbst 1934 und Frühjahr 1935 in Brünn, in Wien und in Niederösterreich durch ihre Mitarbeit bei der Gründung und Organisierung der geheimen revolutionären Partei „Vereinigte Sozialistische Partei Österreichs“, Marie Emhart und Karl Hans Sailer als Rädelführer, die übrigen auf eine entferntere Weise etwas unternommen, was auf eine gewaltsame Veränderung der Regierungsform, auf Herbeiführung einer Empörung oder eines Bürgerkrieges im Inneren angelegt war;

Roman Felleis und Karl Hans Sailer haben im einverständlichen Zusammenwirken mit unbekannten Fälschern zur selben Zeit in Wien öffentliche Urkunden, und zwar Karl Hans Sailer den tschechoslowakischen Reisepaß des Albert Heinze und Roman Felleis den tschechoslowakischen Reisepaß des Franz Roth, verfälscht und durch Vorweisung dieser Urkunden bei den österreichischen Grenzorganen diese in Irrtum geführt, um dem österreichischen Bundesstaat in seinem Rechte auf Überwachung des Aus- und Einreiseverkehrs Schaden zu tun.

Es haben hiedurch Otto Binder, Marie Emhart, Roman Felleis, Karl Fischer, Nathalie Fulda, Siegfried Fűrberg, Karl Fürstenhofer, Theodor Grill, Leontine Haas, Franz Honner, Karl Knechtelsdorfer, Hans Kratky, Josef Kratky, Bruno Kreisky, Andreas Liberda, Josef Mohler, Alois Pfanner, Otto Probst, Anton Proksch, Franz Rauscher, Karl Hans Sailer, Dr. Paul Schick, Josef Wacke, Alfred Weissmann, Stefan Wirlandner, Elise Zerner und Franz Jonas das Verbrechen des Hochverrates nach



§§ 58 b, c StG, Roman Felleis und Karl Hans Sailer überdies das Verbrechen des Betruges nach §§ 197, 199 d StG begangen.“

„Ich bin nach wie vor Sozialist“

In der Broschüre werden dann die Reden der Angeklagten Bruno Kreisky, Franz Rauscher, Maria Emhart, Karl Hans Sailer und Roman Felleis sowie die Reden der Verteidiger abgedruckt. Es sind dies Dokumente von politischem Mut und Gesinnungsfestigkeit, die zu den bleibenden Zeugnissen unserer Geschichte gehören.

Bruno Kreisky sagte unter anderem: „Ich bin nach wie vor Sozialist“, und:

„Man wirft uns in der Anklage vor, daß wir an blutige Gewalt denken. Die Gewalt kam aber von einer ganz anderen Seite. Ich habe mein Geständnis erweitert, als ich sagte, daß ich nicht zufällig nach Brunn gefahren bin, sondern gewußt habe, daß ich zu einer Zusammenkunft ehemaliger Sozialdemokraten fahre. Ich erblicke darin keinen Hochverrat. Wir wünschen alle, daß sich die kommenden Ereignisse unter dem Zeichen der Humanität abspielen. Natürlich wird dies wieder von dem durch die Einkerkierungen hervorgerufenen Haß und damit wieder von den Herrschenden abhängen.“

Alle Proletarier verurteilen Putsch und Terror. Einen Staat, der für seine Exekutive Hunderte Millionen ausgibt, kann man mit Krampen und Spitzhacken nicht bekämpfen; davon aber spricht die Anklage. Wir kämpfen mit den dem Rechtsempfinden des Volkes entsprechenden Mitteln.

Niemand wird ableugnen, daß wir Feinde des Dr. Dollfuß gewesen sind, aber nie ist es während seiner Zeit zu Attentaten gegen ihn von unserer Seite aus gekommen. Nie ist es uns eingefallen, dadurch den Lauf der Dinge wandeln zu wollen. Daß es nicht Feigheit war, das beweist der 12. Februar.“

Und Franz Rauscher sagte:

„Wir sind die unversöhnlichsten Feinde der Nazi und jedes Faschismus, auch des österreichischen,

und wollen jede Gelegenheit, für die Arbeiterschaft Frieden, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht zu erlangen, ergreifen.“

Ich fühle mich deshalb, wenn ich auch des Tatsächlichen geständig bin, nicht schuldig. Ich finde es als beschämend, daß man nur als Angeklagter, Tausende werden mich aber noch darum beneiden, sich als aufrechter und unwandelbarer Sozialist bezeichnen kann.“

„Wir singen die Internationale ...“

In eindrucksvollen Worten schildert Rosa Jochmann, welchen Rahmen, wie sie selbst es nennt, die Revolutionären Sozialisten diesem Prozeß gaben:

„Als wir das Datum des Prozesses kannten, stockte die illegale Arbeit, die gewöhnlich getan werden mußte, denn unsere ganze Aufmerksamkeit galt dem Ablauf des Prozesses, und wir wußten, daß viel, vielleicht sogar das Leben einiger Angeklagten davon abhing, ob es uns gelingt, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen und vor allem das Ausland zu interessieren. Und es gelang! Die Journalisten fast aller Staaten waren beim Prozeß anwesend, auch aus der UdSSR. Unsere vornehmste Aufgabe war es, diesem so wichtigen Prozeß einen würdigen Rahmen zu geben, und dies gelang. Dieser Prozeß blieb nicht nur sichtbar, sondern auch hörbar.“

In vielen Betrieben wurden Flugblätter verteilt und an das Gericht geschickt, die den Freispruch der Angeklagten forderten. Es wurde für die Angeklagten gesammelt, vor allem für ihre Familien, und man forderte die Arbeiter und Angestellten auf, am Vorabend des Prozesses, das war ein Sonntag um 8 Uhr abends, rund um das Landesgericht I zu gehen, denn die Angeklagten würden die Internationale singen.

Auch die Angeklagten waren nicht müßig, sie waren immer von Zelle zu Zelle in Verbindung, durch das Klopfsystem, vor allem aber durch das Rufen am Abend, hängend am Zellengitter und sich

Fortsetzung auf Seite 4

Bleiben wir unseren Ideen treu

Feierstunde zum 70. Geburtstag von Bruno Kreisky

Im Sitzungssaal des Parteihauses fand am 28. Jänner eine von unserem Bund veranstaltete Geburtstagsfeier für Genossen Bruno Kreisky, unseren Parteivorsitzenden und Bundeskanzler, statt. Genossin Rosa Jochmann leitete die Feierstunde mit einer Ansprache ein, in der sie Bruno Kreisky im Sinne eines Wortes von Otto Bauer als einen der Vollender bezeichnete.

Als Geschenk des Bundes überreichte sie ihm eine in Leder gebundene Ausgabe der Broschüre über den Sozialistenprozeß. So wie ein Haus nur stehen kann, wenn es einen richtigen Grund hat, so wären die zwei dicken Bände mit den Reden Kreiskys nicht möglich geworden, hätte es damals diesen Prozeß nicht gegeben, sagte Rosa Jochmann. Sie habe immer das Gefühl, daß von diesem Prozeß ausgegangen ist, was nach 1945 möglich wurde.

Als ein weiteres Geschenk übergab Rosa Jochmann dann dem Jubilar einen Scheck über 135.000 Schilling. Der Betrag ist bei einer Sammlung unter den Mitgliedern unseres Bundes zustande gekommen, wobei Spenden auch aus den USA, aus Israel und aus der Bundesrepublik Deutschland eintrafen. Das Geld wird für die Schaffung eines Tagesheimes für schulpflichtige Kinder im sozialmedizinischen Zentrum Salam bei Kairo verwendet.

Weiters überreichte Jochmann eine Ausgabe von „Weg zur Höhe“ von Adelheid Popp. Sie hatte das Buch selbst im Juli 1945 in einer Bombenruine gefunden. Ein weiteres Geschenk für Kreisky steuerte unsere Genossin Erna Soucek bei.

Zu unserem großen Bedauern hören wir immer wieder, daß du nicht mehr die Absicht hast, neuerlich zu kandidieren, sagte Rosa Jochmann, an Kreisky gewandt. „Damit sind wir nicht einverstanden“, betonte sie unter kräftigem Beifall: „Wir werden die achtziger Jahre meistern, aber nur unter der Bedingung, daß du wieder kandidierst und Bundeskanzler bleibst. Bleib unser Bundeskanzler, wir brauchen dich nämlich!“

Mehr als eine Grußformel

Genosse Kreisky dankte mit einer sehr persönlich gehaltenen Ansprache, in der er darauf hinwies, daß er die meisten der Anwesenden seit mehr als 50 Jahren kennt. Die Freundschaft zwischen uns ist ja mehr als eine Grußformel, sie hat sich in einer schweren Zeit bewähren müssen, sagte er.

Fortsetzung von Seite 3

zurufend, daß am Vorabend um 8 Uhr abends die Internationale gesungen wird. Und so war es auch. Aus Zeitungspapier wurden Trichter geformt und durch das Gitter gesteckt und immer wieder die Parole gerufen: „Wir singen die Internationale am Sonntag um 8 Uhr vor dem Prozeß!“

Als Gefangener bekommt man einen sechsten Sinn. Wenn auch die Aufseher in der Nacht Filzschuhe anhaben, so weiß man doch, daß sich jemand der Zelle nähert, und war dies an jenem unvergeßlichen Sonntag der Fall, dann sprang man vom Fenster herunter, saß brav in einer Ecke, aber



Ausgehend von persönlichen Darbietungen, fand Genosse Kreisky dann sehr grundsätzliche Worte, die es verdienen, hier festgehalten zu werden. Er sagte:

Immer dann, wenn eine so große Bewegung wie die unsere den Ideen untreu wird, die sie während ihrer ganzen Geschichte geleitet und gelenkt haben, gerät sie in eine Krise. Nicht die anderen können uns schwere Niederlagen bereiten, wir selbst werden sie uns bereiten, wenn wir nicht treu bleiben den Ideen, denen wir uns verschworen haben. Es zeigt sich mehr und mehr, daß wir uns nur dann die innere Kraft erhalten können, wenn wir den Ideen treu bleiben, die uns beseelt haben. Das ist ein ehernes Gesetz unserer Bewegung. Man kann vieles dazulernen, aber es gibt gewisse unumstößliche Regeln, die diese Partei zu mehr machen als zu einer politischen Partei, nämlich zu einer Gesinnungsgemeinschaft. Aber dazu bedarf es der Gesinnung. Deshalb schätze ich eure Organisation so hoch ein, weil sie der Inbegriff dieser Gesinnung ist, der Sie unter oft lebensgefährlichen Bedingungen die Treue gehalten haben.

am anderen Ende des Hofes wurde wieder und immer wieder die Internationale gesungen.

Die Androhung der Dunkelzelle, wenn man erwischte würde, hatte an diesem Tag jede Kraft verloren, denn die Gefangenen wußten sich eins auch mit jenen, die draußen um das Graue Haus herumwanderten, und so sangen sie unser Lied immer und immer wieder.

Wir draußen hörten die Internationale nicht, aber wir hörten sie doch, denn wir wußten den Zeitpunkt, und so sangen wir leise mit. Wir konnten uns an diesem Tag nicht trennen vom Grauen Haus, denn in diesen Stunden war es nicht grau, es wurde strahlend hell, es wurde uns lieb, denn da drinnen

Fortsetzung auf Seite 5

Bruno Kreiskys erstes Gefängnis

Das Jahr 1933 zog unheilschwanger seine tiefen Spuren für die Erste Republik. Bereits im ersten Viertel, im März, schaltete der christlichsoziale Bundeskanzler Engelbert Dollfuß nach dem Rücktritt der drei Nationalratspräsidenten kurzerhand den Nationalrat aus und regierte autoritär — gestützt auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz aus dem Jahre 1917. Im Hintergrund standen die Heimwehren mit ihrem ausländischen faschistischen Drahtzieher Mussolini. Schlag um Schlag entfernte die Regierung demokratische Grundrechte: Einführung der Pressezensur, Verbot der Maifeiern, Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, Einschränkung des Streikrechtes, Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofes, Wiedereinführung der Todesstrafe und anderes. Die Maifeiern des Jahres 1933 wurden zu riesigen Spaziergängen umfunktioniert. Einige Monate später galt es wieder, einen „Spaziergang“ zu organisieren.

Die Sozialdemokraten gedachten am 11. November des 15. Todestages Victor Adlers. Die dafür angesetzte Fahrt zum Zentralfriedhof wurde dem jungen Sozialisten Bruno Kreisky zum Verhängnis. Nur eine kleine sozialdemokratische Delegation durfte am Grabe Victor Adlers Kränze niederlegen. Sonst war an diesem Tag der Zutritt in den Zentralfriedhof für jedermann verboten. Die Menschen stauten sich vor den Friedhofseingängen. Einen Tag später berichtete die „Arbeiter-Zeitung“: „Vom Schwarzenbergplatz bis zum Zentralfriedhof war Polizei in großer Menge aufgeboten. An den wichtigen Straßenkreuzungen standen Abteilungen berittener Wache und Überfallsautos. Während der Fahrt wurden die Straßenbahnwagen von Polizeibeamten wiederholt bei den Haltestellen kontrolliert; dabei wurden zahlreiche Fahrgäste zum Aussteigen verhalten.“ Im Krematorium pilgerten die zahlreichen, mit „Besuchsverbot“ belegten Menschen zu den Grabstätten sozialdemokratischer Vorkämpfer.

Fortsetzung von Seite 4

waren unsere Brüder und Schwestern, und dieses Graue Haus wurde an diesem Abend zu einer Heimstätte für uns und zu einer großen Hoffnung für eine glückliche Zukunft.“

„Am 24. Jänner 9 Uhr vormittags wurde unter atemloser Spannung das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt:

Karl Hans Sailer zu 20 Monaten Kerker;
Marie Emhart zu 18 Monaten Kerker;
Roman Felleis zu 16 Monaten Kerker;
Bruno Kreisky, Karl Fischer, Theodor Grill, Karl Knechtelsdorfer zu je 1 Jahr Kerker;
Franz Rauscher zu 10 Monaten Kerker;
Anton Proksch zu 9 Monaten Kerker;
Josef Mohler und Alois Pfanner zu je 8 Monaten Kerker;
Anton Pastaz zu 6 Monaten Kerker;
die beiden Kommunisten Franz Honner und Siegfried Fűrberg zu je 4 Monaten Arrest;
Elise Zerner, Leontine Haas und Dr. Paul Schick zu je 6 Wochen Arrest.“

Die Broschüre ist zum Preis von 40 Schilling erhältlich und wird nach Einzahlung dieses Betrages mit beiliegendem Erlagschein zugeschickt.

Eine kurze Rede vor dem Grab von Friedrich Austerlitz bescherte dem Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Oscar Pollak, einen „eskortierten“ Besuch zum Polizeikommissariat Simmering in der Krausegasse, Ecke Dorfgasse. Wegen Übertretung der Notverordnung, die politische Demonstrationen verbot, verurteilte man ihn zu tausend Schilling Geldstrafe. Jedoch „im Zuge der polizeilichen Aktionen wurden“, wie der Polizeibericht trocken vermerkt, „insgesamt 102 Personen, zumeist wegen Ordnungsstörung, angehalten. Gegen die Angehaltenen wurde die entsprechende Amtshandlung eingeleitet.“ Und die „Neue Freie Presse“ wußte zu berichten, daß

FREIHEITSKÄMPFER

*Ihr seid immernoch Kämpfer! Noch lang nicht bequem!
Euer Leben bestand nur aus Tun!
Ihr suchtet im Sein nie, was angenehm,
ließ die Hände im Schoße nicht ruh'n.*

*Ihr zeigtet nie Furcht vor der Wölfe Geheul —
darum gab's für euch Kerker und Mauern.
In euch war der Menschheit besserer Teil,
drum konntet ihr nur andere bedauern.*

*Für euch heißt es Schimpf, Veteranen zu sein!
Herz und Geist hielten wach euch und jung.
Und wo ihr steht, da steht keiner allein!
Ihr kämpft heute noch immer mit Schwung.*

*Viele Jahre Leben zähl'n euere Reih'n,
viele Jahre auch tiefster Bedrängnis.
Doch nichts hinderte euch, immer Menschen zu sein,
nicht Verbannung, Verfolgung, Gefängnis.*

*Ihr seid nicht Veteranen und ruht euch nicht aus,
eucht taugt kaum schon ein Rubekissen!
Und ihr hütet voll Aufmerksamkeit euer Haus,
als der Partei strenges Gewissen!*

Hans Magschok

„die Mehrzahl polizeilichen Strafen im Ausmaß von ein bis vier Wochen zugeführt werden“.

Einer, der die „entsprechende Amtshandlung“ über sich ergehen lassen mußte, war Bruno Kreisky. Er meint in den Plaudereien „Kreisky erzählt...“ über diese Episode in seinem Leben: „Das erste Gefängnis meines Lebens war das Polizeikommissariat Simmering, da wurde ich schon 1933 eingesperrt, weil wir uns geweigert haben, die Geldstrafe zu bezahlen.“ Im Dezember 1933 trat er die verhängte Strafe in Simmering an. Heute ist das Polizeikommissariat in der Krausegasse schon längst verschwunden, 1944 wurde es von Bomben zerstört. Bruno Kreisky mußte noch mehrere Gefängnisse — nach dem Februar 1934 und nach dem März 1938 — von innen kennenlernen, ehe er in das rettende Exil gelangen konnte.

„Aktiv die Demokratie erhalten“

Mädchen einer Maturaklasse über Mauthausen

Die folgenden Texte sind Briefe von Mädchen einer Maturaklasse, geschrieben nach einem Besuch mit einem Lehrer in Mauthausen. Die Familiennamen sind uns bekannt, auch die Schule. Weil wir aber nicht wissen, ob die Eltern mit der Veröffentlichung einverstanden sind, werden nur die Vornamen angegeben.

Es darf keinen Hitler mehr geben

Als wir am 22. Oktober nach Mauthausen gekommen sind, hat sogar das Wetter zu der Stimmung im ehemaligen KZ gepaßt. Ich selbst habe mir Mauthausen irgendwie anders vorgestellt oder besser gesagt, ich hatte gar keine richtige Vorstellung. Aber wie wir da zusammengedrängt im Nebel standen, eingeschlossen von den hohen Mauern und dem Stacheldraht, da habe ich mir gedacht, was haben diese armen Menschen gemacht, daß sie in dieses Lager gekommen sind, warum mußten gerade sie auf diese grausame Weise dafür büßen, daß ein paar geglaubt haben, sie hätten das Recht, über Wert und Unwert eines Menschen zu richten. Wenn ich dreißig Jahre früher auf die Welt gekommen wäre, wie leicht hätten ich, mein Vater, meine Mutter, meine Freunde unter diesen KZ-Häftlingen sein können!

Entsetzen, Empörung und Schrecken habe ich gefühlt, wie Sie uns durch das Lager geführt haben. Bis zu diesem Zeitpunkt, glaube ich, war ich mir noch gar nicht richtig bewußt, was KZ bedeutet hat. Immer wieder muß ich mich seitdem fragen, was das für Menschen waren, die zu solchen Grausamkeiten fähig waren oder besser fähig sind. Denn auch heute gibt es noch genug Verstöße gegen die Menschenrechte, und auch heute schauen wir zu. Wir fühlen uns zu machtlos, um dagegen anzukämpfen.

Am Nationalfeiertag habe ich im Fernsehen gesehen, wie eine alte jüdische Frau, ein ehemaliger KZ-Häftling, gesprochen hat, eigentlich war es schon ein inbrünstiges Flehen, daß die heutige Jugend so etwas nicht mehr zulassen dürfe. Sie sei schon zu alt, etwas zu ändern, aber wir, wir müßten ein erneutes Aufflammen einer solchen Bewegung, wie Nationalsozialismus, Antisemitismus, verhindern.

Dann finde ich es aber erschreckend, daß es schon wieder Verbände und Zeitschriften, die in eine solche Richtung laufen, gibt! Kaum 35 Jahre nach Kriegsende ein neuer Beginn? Ich glaube, da ist es wert, dagegen zu kämpfen. Wir haben in letzter Zeit viel im Unterricht, verteilt auf die verschiedensten Gegenstände, über Demokratie gesprochen. Und ich bin zu dem Entschluß gekommen, daß sie trotz mancher Mängel die idealste Staatsform ist, und daß wir sie unbedingt bewahren müssen und vielleicht helfen, Fehler zu beheben. Es darf einfach keinen Hitler mehr geben, keine Konzentrationslager, keine Rassenverfolgungen.

Sabine

*

Aus der Passivität ausbrechen

Als ich vor dem KZ in Mauthausen ankam, war ich zunächst erstaunt und erschrocken über die Größe dieses Konzentrationslagers. Obwohl ich schon von der Schule und auch anderen Quellen allerhand über Konzentrationslager gehört hatte, hatte ich doch noch keine rechte Vorstellung davon, was sich hinter diesem Wort eigentlich alles verbirgt. Bei der Führung durch das ganze Lager wurde mir erst so richtig klar, zu was für Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten Menschen fähig sein können. Besonders erschreckend war für mich die Tatsache, wie viele Menschen sich von einem Fanatiker, sprich Hitler, hinreißen ließen, ihre Mitmenschen umzu-

bringen. Ich war fassungslos über die Systematik, mit der Menschen dort mit sinnlosen Arbeiten gefoltert und umgebracht wurden. Bis zu meinem Besuch in Mauthausen war ich eher davon überzeugt, daß so etwas in der heutigen Zeit nicht mehr vorkommen könne. Erst durch Ihren Vortrag wurde mir bewußt, daß diese Gefahr keineswegs gebannt sei, im Gegenteil, wie leicht es bei der heute herrschenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung wieder einem fanatischen Diktator, wie es Hitler war, möglich sein könnte, die Herrschaft an sich zu reißen. Mir wurde bewußt, daß uns nur die Demokratie vor solchen Unmenschlichkeiten, wie es sie zur Zeit Hitlers gab, bewahren kann, und daß ein jeder sich diese Staatsform jeden Tag neu erarbeiten sollte und mithelfen sollte, daß sie in unserem Land weiterbesteht, aber auch, wie ich finde, helfen sollte, sie auch in anderen Ländern zu verwirklichen und Grausamkeiten zu verhindern. Obwohl man als einzelner sicher weniger Einfluß hat als einer, der, nach Volksmeinung, „oben sitzt“, sprich in der Politik, sollte man dennoch von dem Standpunkt weggehen, „da kann ich nichts machen“. Mir wurde durch Ihren Vortrag klar, wie gefährlich dieser Standpunkt werden kann, und daß auch ich selbst jetzt und in meinem späteren Leben aktiv mithelfen müsse, damit es bei uns und auch in anderen Ländern nicht mehr zu solchen Unmenschlichkeiten wie in den Konzentrationslagern komme. Auch wenn die Mittel der meisten von uns beschränkt sind, sollten wir uns doch nicht entmutigen lassen, Gutes, wenn es oft auch nur im kleinen Kreis möglich ist, zu tun, vor allem aus unserer Passivität auszubrechen. Mir wurde erst in Mauthausen richtig bewußt, daß jeder von uns die Aufgabe hat, sich jeden Tag die Demokratie, die es in Österreich gibt, neu zu verdienen und zu erarbeiten und sich vor allem nicht vor seinen Pflichten als Staatsbürger zu drücken, indem man zum Beispiel nicht zur Wahl geht.

Vielen Dank für Ihre Führung sagt Ihnen

Helga

*

„Mauthausen“ existiert auch heute noch

Unsere Exkursion nach Mauthausen hat mich persönlich sehr beeindruckt. Ihre Führung war nämlich kein Aufzählen von Fakten und schockierenden Schicksalen. Sie versuchten vielmehr, uns Gedankenanstöße für die Gegenwart, für die konkrete Situation, in der wir jetzt leben, zu geben. Und dafür möchte ich Ihnen noch vielmals danken.

Für mich bedeutet Mauthausen nach wie vor ein Stück Geschichte, ein Stück Vergangenheit. Doch mir wurde wieder einmal sehr drastisch bewußt, daß „Mauthausen“ auch heute noch existiert. Überall in der Welt in totalitären Regimes. Wenn wir die Verbrechen des Nationalsozialismus verdammen, so müssen wir im gleichen Gedankengang alle die Regierungen verurteilen, die heute Konzentrationslager als Machtmittel einsetzen. Aber um ganz ehrlich zu sein, liegen für mich diese fremden Staaten etwas zu fern, und sicher nicht nur für mich. Unser Kampf gegen diese Verbrechen kann nur sehr, sehr beschränkt sein.

Doch jeder von uns kann etwas anderes tun: Wir können uns der Demokratie, in der wir leben, bewußt werden. Wir können aktiv als Staatsbürger uns einsetzen, damit diese Demokratie erhalten bleibt, damit niemand Ungewünschter die Macht in unserem Land übernimmt. Wir müssen versuchen, unsere Bequemlichkeit, unser politisches Desinteresse zu überwinden. Denn nur allzu leicht ist es, über eine passive Masse Einfluß und Macht zu gewinnen. Dann nämlich können sich die durchsetzen, die politische, wirtschaftliche und persönliche Machtgewinne wollen, die andere, daher ein ganzes Volk, für ihre Ziele ausnützen wollen oder die Ideen verwirklichen wollen, die gegen die Vorstellung des Volkes, gegen alle Menschenrechte, gegen alle Interessen der Gesamtheit sind. Verhält sich der Staatsbürger passiv, so verdient er keine bessere Regierung als die jeweils herrschende.

Durch Mauthausen ist mir wieder bewußt geworden, wie sehr wir das Leben in einer echten Demokratie schätzen sollten, und daß wir uns viel zu wenig dafür einsetzen. Mir ist auch klargeworden, daß es am Volk selbst, an jedem Staatsbürger liegt, ob bei uns Mauthausen Vergangenheit bleibt oder wiederkommt. Deutlich wurde mir, daß es wirklich an jedem einzelnen liegt, an der Persönlichkeit jedes Staatsbürgers, daß es kollektive Schuld nicht gibt, sondern jeder für sich alleine seine Entscheidungen treffen kann und muß und daher der einzelne schuldig wird. Es ist, glaube ich, wichtig, daß wir uns von der Vergangenheit befreien, uns von ihr nicht erschüttern, nicht erdrücken lassen, sondern offen die Gegenwart, die Wirklichkeit sehen, gegen gegenwärtige Verbrechen kämpfen und das Gute und Gerechte, bestmögliche Einrichtungen bewahren.

Diese Gedanken verbinde ich jetzt mit Mauthausen, und ich möchte Ihnen für den Anstoß dazu nochmals danken.

Gabriele

„Nur an uns liegt es . . .“

Zuerst muß ich sagen, daß mich die Führung tief beeindruckt hat. Bei jedem Schritt und Blick hatte ich das Gefühl, daß Vergangenes wieder nah und lebendig geworden war. Besonders in den Baracken oder in der „Dusche“, als wir so dicht gedrängt standen und nur die Tür beruhigend offenstand, war mir plötzlich bewußt, wie ungeheuerlich und grauenvoll die Ereignisse waren. Doch noch mehr beängstigte mich der Gedanke, daß dies ja keineswegs der Vergangenheit angehört. Ich bin zwar dafür, daß man unserer Generation die Vergangenheit vor Augen führt, um neuerliche Katastrophen zu vermeiden, doch ich glaube, daß wir zu Vergangenen fast keine Bindung mehr haben. Ich kann mir nicht vorstellen, im Krieg zu leben, sich jeden Tag zu fragen, ob man den nächsten erlebt. Es ist unverständlich für mich, daß Menschen so grausame Methoden erfanden und erfinden, um ihresgleichen zu morden, ja sogar auszurotten. Ich glaube, daß man durch Fehler, die vorige Generationen machten, auf Mißstände unserer Zeit aufmerksam werden soll.

Hitler ist nicht Vergangenheit, er kann jederzeit auch wieder vor unseren Grenzen stehen. Ich glaube, es ist ungemein wichtig, nicht tatenlos zuzusehen, wie man Völker, Minderheiten wegen ihrer ethnischen Herkunft einfach auszurotten versucht. Menschen, die nur das Recht auf eigene Meinung fordern, in Konzentrationslagern verschwinden läßt, so wie einst die Juden. Wenn wir so gleichgültig zusehen, kann es uns vielleicht einmal passieren, daß wir die Gejagten sind. Darum ist es so notwendig, daß wir, die Jugend, eine Basis für die Bildung unserer Meinung erhalten. Politische Bildung sollte, meiner Meinung nach, nicht nur ein Freifach sein, sondern offiziell am Vormittag unterrichtet werden. Junge Leute ziehen sich oft, enttäuscht von der Politik, von der Realität überhaupt, in Scheinwelten zurück. Sie zeigen Desinteresse, Gleichgültigkeit. Doch hier liegt die Wurzel für eine große Gefahr. Sie sind der erste Ansatzpunkt für Manipulation. Gerade heute, wo es so schwer ist, Ideale, Vorbilder zu finden, gerät man leicht in sehr extreme Lager. Jugend ist immer leicht zu begeistern, noch dazu, wenn sie nach einem Vorbild sucht. Es ist dann egal, welche Ideologie der Mann oder die Partei vertritt, die die Macht an sich reißen. Vor allem die Jugend wird sie kritiklos als „Sieger und Befreier feiern“. War es nicht immer so, wird es nicht immer wieder so sein? Darum ist es unerlässlich, daß wir uns der Gefahren, die uns bedrohen, bewußt werden. Die Basis dafür ist, daß wir uns klar darüber sind, was es heißt, in einer Demokratie zu leben. Wir müssen dankbar dafür sein und es nie soweit kommen lassen, daß wir, verblendet durch irgendwelche Versprechungen, sie aufgeben. Es liegt jetzt an uns, die Fehler unserer Großeltern und Eltern nicht zu wiederholen, sondern daraus zu lernen und kritisch dem täglichen Geschehen gegenüberstehen.

Mauthausen war für uns ein warnender Überrest aus der Vergangenheit und zugleich eine beängstigende Vision, daß auch heute noch in solchen Lagern tausende Menschen gefoltert und getötet werden. Hitler ist nicht tot, er lebt in den Konzentrationslagern, in den faschistischen und rassistischen Ideen weiter, er ist noch unter uns. Jederzeit kann er auch direkt uns zu einer Gefahr werden. Nur an uns liegt es, ob es jemals wieder soweit kommen wird.

*

Ursula

Die Erinnerung darf nicht verblassen

Als ich von der Exkursion nach Mauthausen zurückkam, hatte ich ein interessantes Gespräch mit meiner Mutter, die den Krieg und seine Begleitumstände selbst miterlebt hat. Sie ist der Ansicht, daß man den „Brei nicht immer wieder aufwärmen“ solle . . . Sie hält es also für die effizienteste Möglichkeit, einem Aufkommen einer ähnlichen Situation aus dem Wege zu gehen, alles möglichst schnell zu vergessen, und ich glaube, daß sie mit dieser Meinung nicht allein auf weiter Flur steht.

Ganz anders unsere Generation. Wir werden nur damit konfrontiert, wenn Eltern oder Bekannte uns ihre Erlebnisse erzählen — und beim Besuch von Kriegsmuseen oder eben Konzentrationslagern. So, glaube ich, würde bald alle Erinnerung an die menschenunwürdigen Ideen und Methoden Hitlers und seiner „Glaubensgenossen“ verblassen und schließlich ganz vergessen, wenn kein Mahnmal aus diesen Zeiten übriggeblieben wäre. Spätestens die nächste Generation könnte sich an die tatsächlichen Ausmaße der Katastrophe nicht mehr erinnern, sie würde nicht vor einem neuen Krieg beziehungsweise vor einem ähnlich radikalen Machthaber zurückschrecken, da sie sich die Folgen davon eben nicht vorstellen könnte. Aus diesem Grunde bin ich der Ansicht, daß es gut und nützlich ist, wenn auch nicht angenehm, den „Brei immer wieder aufzuwärmen“, um so den Menschen bewußt zu machen, wieviel von ihrer Meinung abhängt, wie gut — im Gegensatz zum Weltkrieg — sie es doch haben, die Menschen selbst wählen zu dürfen, die ihr Wohlergehen lenken, und deshalb unter keinen Umständen den Fehler zu begehen, „sich aus der ganzen Politik heraushalten“ zu wollen, und es damit Menschen wie etwa Nationalsozialisten zu ermöglichen, die Macht an sich zu reißen und so wiederum ganze Völker in Todesangst zu versetzen.

Gabriele

Gibt es junge Freiheitskämpfer?

Wenn vom Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer die Rede ist, denkt man an ältere Frauen und Männer, die das Grauen des Faschismus selbst erlebt haben, von denen viele am Kampf gegen zwei faschistische Diktaturen beteiligt waren. Und das ist richtig: diese Träger des Freiheitskampfes sind auch heute die Funktionäre des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer, sie repräsentieren ihn gegenüber der Partei und der Öffentlichkeit. Dabei ist nicht die Zahl entscheidend, sondern die moralische Autorität.

Aber wer daraus die Folgerung zieht, junge Menschen, die zur Zeit des antifaschistischen Freiheitskampfes noch nicht geboren waren, können nicht Mitglieder dieses Bundes sein, der irrt. Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer hat bereits vor längerer Zeit seine Statuten so formuliert, daß es auch jungen Menschen möglich ist, als unterstützende Mitglieder nicht nur beizutreten, sondern auch aktiv mitzuarbeiten. Es gibt ein Jugendkontaktkomitee, das sich besonders mit Fragen dieser jungen Freiheitskämpfer beschäftigt. Und an den Sitzungen des Bundesvorstandes nimmt regelmäßig ein Vertreter der Sozialistischen Jugend teil.

Die Aufgaben junger Freiheitskämpfer

Für junge Sozialisten, die dem Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer beitreten, gibt es wichtige und vielfältige Aufgaben. Es werden antifaschistische Seminare veranstaltet. In Wien geschieht das im engsten Einvernehmen mit der Bildungsorganisation der Partei. In den Bundesländern, wie etwa in Oberösterreich, finden solche Seminare auf überparteilicher Ebene statt.

Aber so verschieden auch die Formen sind, überall geht es um die gleichen Aufgaben: Zunächst soll den jungen Teilnehmern die geschichtliche Wahrheit übermittelt werden. Sie erfahren, was Faschismus ist, wie er entstand, welche ökonomischen Wurzeln er hatte und welche Verbrechen damals begangen wurden.

Einen breiten Raum nehmen aber auch Fragen der Gegenwart ein, mit denen die jungen Menschen täglich konfrontiert werden. Dazu gehören: die neonazistische Gefahr, der weitverbreitete Fremdenhaß, die noch immer vorhandenen antisemitischen Vorurteile, kurz all das, was man Alltagsfaschismus nennt.

Mahnmalenthüllung in Simmering

Am 12. April wird in Wien-Simmering (Haidestraße) ein Mahnmal zum Gedenken an die Opfer des Faschismus enthüllt. Unter der Nazibarbarei befanden sich hier die Saurer-Werke, ein Nebenlager des KZ Mauthausen mit 1480 Häftlingen. Die Mahnmalenthüllung findet um 17.30 Uhr statt.

Natürlich werden auch konkrete Fragen des Kampfes gegen neonazistische Provokationen diskutiert und beraten, Aktionen, gemeinsam mit anderen Antifaschisten, werden vorbereitet. Es genügt, an die große Kundgebung im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen zu erinnern, an der 6.000 junge Menschen teilnahmen.

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer ist, wie schon aus diesen wenigen Hinweisen hervorgeht, keine in der Vergangenheit stecken gebliebene Organisation von Veteranen. Sein oberster Grundsatz lautet: Wir dürfen niemals vergessen, was geschehen ist, um zu verhindern, daß sich gleiches oder ähnliches jemals wiederholt. Dazu ist die Erfahrung der Alten ebenso notwendig wie der Elan und die Begeisterungsfähigkeit der Jungen.

NDP ladet ein

Robert J. Verbelen, in Belgien in Abwesenheit zum Tode verurteilt, in Eberau im Burgenland Redner bei einer NDP-Veranstaltung. Er hatte seine Zuhörer in dem mit Runen-Zeichen „geschmückten“ Wirtshaussaal, unter ihnen aber auch wachsame Antifaschisten, die aufgezeichnet haben, was da alles gesagt wurde (Beispiel: „Wir wollen auf die biologische Substanz und die Unterwanderung unseres Volkes aufmerksam machen!“). Eine Mahnung, wachsam zu bleiben.

NDP - Burgenland

ladet ein:

Am Samstag, dem 22. November 1980 findet um 19.00 Uhr in EBERAU (Burgenland) ein

Vortragsabend

statt.

Es spricht

Robert J. Verbelen

über das Thema

"KRIEG, TERROR, UMSTURZ"
Die Aktivitäten der Geheimdienste
der letzten 2 Jahre

Ort der Veranstaltung: Gasthof Julius SKRAPITZ
7521 Eberau / Burgenland

Robert J. Verbelen war Mitglied der flämischen Jugendorganisation "de Vlag", Major der flämischen Waffen-SS, Polizeichef in Flandern und Geheimdienstchef des CIA der Abwehrgruppe "H" in Österreich. Er hat sein Leben dem Kampf für das flämische Volk geweiht und ist stets für die deutsch-flämische Freundschaft eingetreten. Er ist ein Vorbild des freien Europas der freien Völker.

Heute lebt Robert J. Verbelen in Wien und ist Autor zahlreicher Bücher: "Mr. Inkognito", "Der Kauz ruft um Mitternacht", "Die Nonne und der Partisan" usw.

Anschließend spricht

Walter Nepras 2. Bundessprecher der NDP

über das Thema

"MUSS POLITIK SCHMUTZIG SEIN?"

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Hans STROBL e.h.
7122 Gols

Gernot MOSER e.h.
7122 Gols

Den Anfängen wehren!

Zur Geschichte des Antifaschistischen Personenkomitees in Österreich

Alles ist doch noch nicht möglich in Österreich. Zu dieser ebenso lapidaren wie erfreulichen Auffassung gelangte die Mehrheit der Studentenvertreter im Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft, als auf Initiative des VSSTÖ beschlossen wurde, die Kandidatur des „Henkers“ — wie er sich selbst bezeichnete — Norbert Burger nicht widerstandslos hinzunehmen. Eine Plattform mit folgenden sieben Forderungen wurde ausgearbeitet:

- *Verbot aller neofaschistischen Organisationen, insbesondere der NDP*
- *Verhinderung der Kandidatur Burgers bei den Bundespräsidentenwahlen*
- *Strafrechtliche Verfolgung aller neofaschistischen Aktivitäten*
- *Gewährleistung einer umfassenden antifaschistischen Aufklärung an den Schulen und in der Öffentlichkeit*
- *Erfüllung der nationalen Rechte österreichischer Minderheiten, wie sie im Art. 7 des Staatsvertrages vorgesehen sind*
- *Unterbindung chauvinistischer deutschnationaler Propaganda, wie sie beispielsweise der Kärntner Heimatbund betreibt*
- *Verstärkte Bemühungen für Völkerfreundschaft, Frieden und Entspannung*

und in Flugblattform zur Unterschriftensammlung vorgelegt. Schon innerhalb weniger Tage hatten mehrere hundert Personen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen durch Unterschrift ihren Beitritt zum Personenkomitee bekundet, so daß auch der Exekutivausschuß in einer Breite besetzt werden konnte, der weit über den studentischen Rahmen hinausging.

Kampf gegen die Burger-Kandidatur

Die nun folgende Periode der Aktivitäten des Personenkomitees konzentrierte sich nahezu ausschließlich auf die Person Burgers, wobei neben der Teilnahme von Vertretern des Personenkomitees bei unzähligen Diskussionen und antifaschistischen Aufklärungsveranstaltungen zunächst drei Aktionen besonders hervorgehoben werden sollen:

Die bundesweite Demonstration am 26. April 1980 mit mehr als 8.000 Teilnehmern aus allen antifaschistischen, demokratischen Bevölkerungskreisen in Wien. Diese Demonstration wurde auch vom Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und den sozialistischen Jugendorganisationen unterstützt und stellte einen ersten unerwartet großartigen Höhepunkt in den bisherigen Auseinandersetzungen mit dem Neofaschisten Burger dar. Auch beim Fackelzug der jungen Sozialisten und beim Aufmarsch der Wiener Sozialisten am 1. Mai wurden immer wieder Transparente mitgeführt, die ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen in Österreich und eine Nichtzulassung von Norbert Burger zur Kandidatur bei den Bundespräsidentenwahlen forderten.

Am 6. Mai 1980 organisierte das Personenkomitee eine antifaschistische Kundgebung vor dem „Idealkino“ in Döbling, in dem Burger seine Wiener Wahlversammlung abhalten wollte. Zirka 1.000 Menschen beteiligten sich an dieser Gegenkundgebung mit dem Erfolg, daß Burger seine Versammlung schließen mußte. Dank der Besonnenheit der Demonstranten und der Polizei verlief diese ein-



drucksvolle Manifestation des aktiven antifaschistischen Kampfes ohne nennenswerte gewalttätige Auseinandersetzungen.

Am 17. Mai 1980, also praktisch am Vorabend der Bundespräsidentenwahl, wurde eine weitere Demonstration gegen die Kandidatur Norbert Burgers in Wien mit etwa 2.000 Teilnehmern durchgeführt.

Zusammenfassend kann für diese Periode der Aktivitäten des Antifaschistischen Personenkomitees gesagt werden, daß es kaum eine größere Wahlveranstaltung vor allem in den Städten Österreichs gab, bei der nicht entweder massive Gegenkundgebungen organisiert (Graz, Linz, Salzburg usw.) oder zumindest Gegenredner anwesend waren. Dies und vor allem das Wahlergebnis Burgers führten auch in der folgenden Periode bis etwa zum Sommer 1980 zu heftigen und teilweise recht kontroversen Diskussionen in der Öffentlichkeit über die Sinnhaftigkeit eines derartigen antifaschistischen Kampfes, wobei es gelang, für die Auffassungen des Personenkomitees neue und breitere Zustimmung zu erringen.

Die Herbstaktivitäten

Die Herbstaktivitäten standen — neben der Unterstützung aller Aktivitäten zur Verhinderung von

Panzerlieferungen an das Mörderregime in Chile seitens des Antifaschistischen Personenkomitees — vor allem im Zeichen der Zusammenarbeit mit der OKTOBERARENA / OKTOBRSKI TABOR, der Gegenöffentlichkeit zu dem 60-Jahre-Volksabstimmungsspektakel in Kärnten und dem Nationalfeiertag. Anlässlich dieses österreichischen Festtages führten sowohl das Personenkomitee als auch die Junge Generation in der SPÖ — in gemeinsamer Absprache und im Einvernehmen — Kundgebungen mit Rednern und Kulturveranstaltungen im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen durch. Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer berichtete in einer der letzten Nummern seiner Zeitung ausführlich darüber. Das erste Jahr des Antifaschistischen Personenkomitees endete leider nicht mit dem Erfolg der Verhinderung der Kandidatur Norbert Burgers, jedoch konnte durch die Gründung von dezentralen Komitees in nahezu allen Bundesländern die Basis für antifaschistische Aktivitäten wesentlich verbreitert werden.

Gegen die Zulassung der ANR

Die nunmehr für das erste Halbjahr 1981 geplanten Aktivitäten erstrecken sich auf folgende Punkte:

- Das Personenkomitee konnte endlich auch seine Selbstorganisation wesentlich verbessern. Die neue Kontaktadresse ist: Mondscheingasse 11, A-1070 Wien.
- Für einen neuen Anlauf in der weiteren Bekanntmachung des Antifaschistischen Personenkomitees wird einerseits ein dem Ziel der Arbeit entsprechender „Werbeprospekt“ ausgearbeitet und andererseits an die Herausgabe eines vom Exekutivausschuß des Komitees personell weitgehend unabhängigen antifaschistischen Bulletins gedacht, in dem neben grundsätzlichen Dis-

kussionsbeiträgen und internationalen Berichten vor allem ein Erfahrungsaustausch der dezentralen und regionalen Aktivitäten zu lesen sein soll.

- Für die im Mai 1981 stattfindenden Wahlen in die österreichische Hochschülerschaft hat die ANR ihre Kandidatur neuerlich angekündigt. Der VSSTÖ plant neben den gemeinsamen Unterstützungen zur unmittelbaren Auseinandersetzung mit der ANR im Hochschulwahlkampf eine Verfassungsklage gegen die Zulassung der ANR. Zu diesem Zweck hat er einen „VSSTÖ-Solidaritätsfonds für Verbot der ANR“ (Kto.: Z 610 548 901) eingerichtet, da derartige Klagen einiges Geld kosten. Die anderen sozialistischen Jugendorganisationen und das Antifaschistische Personenkomitee unterstützen diese Initiative ebenso wie alle antifaschistischen Aktivitäten der Studenten im Hochschulwahlkampf.
- Durchführung einer antifaschistischen Enquete am 14. und 15. März 1981 im Panorama-Studentenheim Wien-Brigittenau. Bei dieser Enquete soll die Möglichkeit zu einem breiten Erfahrungsaustausch ebenso gegeben sein wie die inhaltliche Auseinandersetzung in Arbeitskreisen, die den einzelnen Aspekten der antifaschistischen Arbeit gewidmet sind. Sie soll mit der Diskussion und Beschlußfassung der Schwerpunkte künftiger Arbeit, einer gemeinsamen Resolution und der Neuwahl des Exekutivausschusses abgeschlossen werden.

Die politische Entwicklung seit dem 18. Mai 1980 zeigt, daß Burger, durch das Wahlergebnis beflügelt, nun versucht, in ganz Österreich eine Basis für seine neofaschistische Tätigkeit zu schaffen. Wir sind der Meinung, daß es Aufgabe aller demokratischen Kräfte in Österreich ist, aufzuklären und die weitere Herausbildung neofaschistischer Aktivitäten zu stoppen. Dazu bedarf es der Mithilfe aller Demokraten.

Den Anfängen wehren — nie wieder Faschismus

GENOSSEN JOSEF HINDELS

wollen wir, zwar etwas verspätet, zu seinem 65. Geburtstag sagen, wie gern wir ihn haben, wie sehr wir ihn schätzen und verehren und wie glücklich wir sind, daß er mit uns arbeitet! Genosse Hindels ist unser Motor, er ist immer unser Ratgeber in jeder Situation, und unsere große Familie hat in ihm den treuesten Bewahrer unserer unabdingbaren Grundsätze, den selbstlosesten, über alle Maße begabten und treuen Sozialisten!

Unsere große Familie wird reich sein und unbesiegbar, sie wird immer erfolgreich sein, wenn in ihren Reihen immer ein Genosse Hindels ist!

Freundschaft

Gemsen auf der Lawine



Als am 20. Juli 1944 der üble Nazihetzer und Leiter des Kärntner Gauamtes für Volkstumsfragen, Maier-Kaibitsch, der bereits vor der Besetzung Österreichs 1938 im „Kärntner Heimatbund“ gegen die Slowenen agierte, die Meinung vertrat: „Im März 1938 erfüllte sich die Sendung des Grenzlandes. Wir kamen zum Reiche Adolf Hitlers. Ein kleiner Teil der Bevölkerung hilft diesen Banditen

(Freiheitskämpfer, d. Verf.) und bringt damit Schande über unser Kärnten... Es liegt auch an der Mitarbeit der Bevölkerung, die Schänder unserer Heimat zu bekämpfen und der gerechten Strafe zuzuführen. Deutsche Kräfte sind gegen sie eingesetzt...“, waren bereits in Kärnten Kämpfer aufgestanden, die diesem brutalen Faschismus die Stirn boten.

Einer von ihnen war unser slowenischer Freund Karel Prušnik-Gašper, Bauernsohn aus Lobnig bei Eisenkappel und langjähriger Vorsitzender des „Verbandes der Kärntner Partisanen“. In der Strafanstalt Karlau – Prušnik mußte mit diesem Gefängnis bereits während des Austrofaschismus wegen der versuchten Herausgabe einer illegalen slowenischen Zeitung Bekanntschaft machen – schrieb er während seiner Haftzeit die Autobiographie „Gemsen auf der Lawine“. Der Grund für seinen neuerlichen Aufenthalt in Karlau war eine Rede bei der Enthüllung des Partisanendenkmals bei St. Rupert bei Bleiburg für 85 auf der Saualm gefallene Partisanen, die ihm von einem englischen Gericht 1947 zwölf Monate Haft eintrug.

1958 erschien die erste slowenische Auflage dieses informativen Werkes über den Anteil der österreichischen Slowenen an der Befreiung vom Faschismus, von dem nun endlich eine Übersetzung vorliegt. Ausführlich schildert der Autor die Zwangsaussiedlung der Kärntner Slowenen und den opfervollen Kampf slowenischer Partisanen gegen den Nazifaschismus. Selbst im bewaffneten Kampf versuchten sie daneben noch wertvolle Kultur- und Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung zu leisten. So schrieb er über die Schule in der „Partisanenrepublik von Zell“: „Eine solche Schule hatten wir auch in Zell-Winkel. Lehrerin war Andrina Levstik-Irena; ihr halfen die Töchter Malejs und Mlečniks. Als ich zum Gebietsausschuß der OF kam, unterrichtete sie fünfzehn Kinder. Mit großer Liebe erzählte sie mir von ihren Schülern und von dieser ersten slowenischen Schule in Zell. Die Arbeit mit den Kindern war leicht. Alle lernten sehr fleißig und opferbereit, genossen sie doch zum ersten Mal Unterricht in der Muttersprache. Leider aber erfuhr die Polizei von dieser Schule in Zell. Sie besetzte alle Häuser und wir mußten den Unterricht für einige Zeit einstellen.“ Illegale Zeitungen in slowenischer und deutscher Sprache wieder versuchten das Meinungsmonopol der Faschisten zu brechen. Ein Beispiel von vielen: Über die illegale Zeitung „Arbeitereinheit“ schrieb der Gebietsausschuß der OF von Zell, der bereits viele Kontakte

mit österreichischen Antifaschisten aufgenommen hatte, im Herbst 1944: „Wir legen die erste Nummer des zweisprachigen Blattes ‚Arbeitereinheit‘ bei. Korrespondiert mit diesem Blatt, schickt vor allem Zuschriften über die Lage der Arbeiterschaft! Das Blatt soll Agitator und Organisator breitester antifaschistischer Massen und nicht nur der Arbeiterschaft sein.“

Ein größerer Abschnitt des Buches ist dem österreichischen Bataillon gewidmet. Auf der Seite der jugoslawischen Volksarmee leisteten diese Österreicher ihren eigenen Beitrag zur Befreiung ihrer Heimat, der in der Moskauer Deklaration der Alliierten vom Oktober 1943 von den Österreichern gefordert wurde.

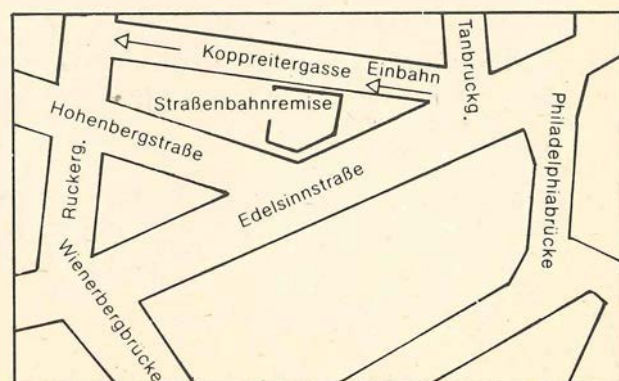
Zwei Tage vor der Gründung der neuen provisorischen österreichischen Regierung in Wien zogen die Nazis noch blutige Spuren durch dieses südliche Bundesland. So ermordeten SSler am 25. April 1945 beim Peršmanhof elf Menschen – von der 77jährigen Großmutter bis zum achtmonatigen Kleinkind. Auch darüber und über andere Verbrechen der Faschisten schrieb Karel Prušnik in seinen Erinnerungen.

Zahlreiche Fotos, umfangreiche Anmerkungen und ein Verzeichnis geographischer- und Ortsnamen ergänzen das Buch von Karel Prušnik-Gašper. Bei der Enthüllung eines Denkmals für Prušnik in Köttmannsdorf richtete der sozialistische Freiheitskämpfer Hans Pawlik den Appell an die Menschen: „Das Grabdenkmal in Köttmannsdorf soll unsere Jugend beider Sprachen in unserem Lande mahnen, daß man für die Freiheit Opfer bringen muß, daß es notwendig ist, gegen Gewalt und Unmenschlichkeit, Rassenwahn, Unterdrückung von Völkern, Religionen und Weltanschauungen, gegen jede Art von Faschismus sich zur Wehr zu setzen... Smrt Fasizmu – Svoboda Narodu!“

Karel Prušnik-Gašper: Gemsen auf der Lawine – der Kärntner Partisanenkampf. „Drova“ Druck- und Verlagsanstalt, Klagenfurt 1980, 322 Seiten.

„Mit uns zieht die neue Zeit“

Die Ausstellung „Arbeiterkultur in Österreich 1918 bis 1934“ in der Koppreiterremise in Wien-Meidling ist bis 3. Mai, täglich außer Montag, von 10 bis 20 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 20 Schilling.



26. Novelle zum Opferfürsorgegesetz

Im April 1980 wurden die Vertreter der Opferverbände von unserem Sozialminister Dr. Gerhard Weißenberg zur ersten Besprechung über unsere noch offenen Wünsche für eine 26. Opferfürsorgegesetz-Novelle empfangen. Wir legten unsere Forderungen schriftlich vor, hatten aber Gelegenheit, dem Minister in einer längeren Aussprache die Argumente für unsere Probleme darzulegen. Unser wichtigstes Anliegen war die Verbesserung der Rentenleistungen für die Opfer der Verfolgung.

In der Opferfürsorge gelten die gleichen Rentenleistungen wie im Kriegsopferversorgungsgesetz. Dies gilt sowohl für die Opferrente als auch für die Alterserschwerniszulage. Die Alterserschwerniszulage wird erst bei einer Opferrente von 50 Prozent (§ 11 Abs. 2 KOVG) gewährt. Bezieher einer Opferrente von 30 beziehungsweise 40 Prozent haben keinen Anspruch auf die Alterserschwerniszulage.

Dies bedeutet für diesen Personenkreis eine besondere Härte, denn ihr Gesundheitszustand hat sich jetzt im Alter sehr verschlechtert. Es ist zu bedenken, daß sie während der Zeit ihrer Haft äußerst harten Bedingungen unterworfen waren. Sie mußten schwere Arbeit leisten, dazu waren sie noch unmenschlichen Grausamkeiten ausgesetzt. War ein Häftling krank, blieb er ohne ärztliche Betreuung, ebenso gab es für ihn keine Medikamente. Oft wagte er nicht einmal, sich krank zu melden, denn dies war immer für sein Leben gefährlich. Die Belastungen der Haft wirken sich ausnahmslos bei allen Opfern im Alter aus.

Eine unserer wichtigsten Forderungen war daher, daß auch den Beziehern einer Opferrente von 30 beziehungsweise 40 Prozent die Alterserschwerniszulage ab dem 65. Lebensjahr zuerkannt wird.

Wir fanden bei unserem Sozialminister viel Verständnis für die Not dieser Opfer, nur mußte ein Weg gefunden werden, um, soweit dies möglich war, unseren Wünschen in dieser Hinsicht zu entsprechen.

Bei unserer ersten Aussprache wußten wir nicht, daß unser Sozialminister, Genosse Weißenberg, bereits schwerkrank gewesen war. Erschüttert und tief ergriffen haben wir dann erfahren, daß er noch kurz vor seinem Ableben mit seinem Sektionschef Dr. Ernst diese Novelle vorbereitet hat, damit sie noch rechtzeitig dem Plenum des Nationalrates zugestellt werden konnte.

Nun ist es soweit. Der Nationalrat hat in seiner Sitzung vom 15. Dezember 1980 die 26. Opferfürsorgegesetz-Novelle beschlossen.

Die wichtigsten Verbesserungen

Erhöhung der Unterhaltsrente für Opfer und Hinterbliebene sowie der Witwen- und Waisenbeihilfen um 10 Prozent.

Achtung, ORF berichtet!

Immer wieder kommt es vor, daß wir uns über die Berichterstattung in Radio und Fernsehen ärgern. Am besten ist es in einem solchen Fall, wir sagen dem ORF dann gleich unsere Meinung:

0 22 2/82 36 71

Inhaber einer Amtsbescheinigung nach § 1 Abs. 1 lit. e des Opferfürsorgegesetzes erhalten zur Opferrente ab Vollendung des 65. Lebensjahres eine Haftzulage in der Höhe von 300 Schilling monatlich.

Witwer und Lebensgefährten werden hinsichtlich des Anspruches auf Unterstützung aus den Mitteln des Ausgleichstaxfonds, des Sterbegeldes und auf erhöhte Unterhaltsrente gleichgestellt.

Die Bestimmung des § 36 Abs. 3 des KOVG, nach der für die Beihilfe ein Mindestbetrag von monatlich 50 Schilling gewährt wird, soll nunmehr auch gemäß § 11 Abs. 7 des OFG für die Opfer gelten.

Unterhaltsrente

(§ 11 Abs. 5 zugleich Einkommensgrenze.)

1980

für Opfer alleinstehend	S 4.794.—
für Opfer verheiratet beziehungsweise für eine Lebensgefährtin zu sorgen haben	S 6.017.—
für Hinterbliebene § 11 Abs. 5 zugleich Einkommensgrenze	S 4.209.—
Beihilfe für Witwen und Waisen	S 4.209.—
Einkommensgrenze dafür:	S 4.940.—
Erhöhung für jedes waisenberechtigte Kind um	S 375.—

Fortsetzung auf Seite 14

Ausgleichstaxfonds

Es werden mit zunehmendem Alter unserer Mitglieder immer mehr Anträge um eine Aushilfe aus den Mitteln des Ausgleichstaxfonds im Sozialministerium — Opferfürsorge eingereicht. Daher werden die Mitteln des Ausgleichstaxfonds immer geringer, und es mußten Sparmaßnahmen erwogen werden, damit auch weiterhin den Ärmsten geholfen werden kann.

Nach einer sehr ernsten Diskussion in der Sitzung der Opferfürsorgekommission wurde einer Anregung zugestimmt, daß die für einen Spitalsaufenthalt vorgesehene Aushilfe nur dann gewährt wird, wenn das Familieneinkommen die Einkommensgrenze nicht übersteigt, die für Leistungen aus der Heilfürsorge gilt. (Bei Besserung der Finanzlage könnten die Sparmaßnahmen wieder aufgehoben werden.) Die Einkommensgrenze für Leistungen aus der Heilfürsorge beträgt ab 1. Jänner 1981:

für Einzelpersonen	S 11.178.—
für Ehepaare	S 14.086.—
Erhöhungsbeitrag pro Kind	S 2.348.—

Um die Erledigung derartiger Ansuchen nicht zu verzögern, nicht vergessen, nunmehr auch bei Ansuchen um eine Aushilfe für Spitalsaufenthalt die Einkommensbestätigung beizulegen.

1981

für Opfer alleinstehend	S 5.589.—
für Opfer verheiratet beziehungsweise	
für eine Lebensgefährtin (Lebensge-	
fährtin) zu sorgen haben	S 7.043.—
für Hinterbliebene	S 4.908.—
Beihilfe für Witwen und Waisen	S 4.908.—
Beihilfe — Mindestbetrag	S 50.—
Einkommengrenze dafür:	S 5.697.—

Die Anhebung der Leistungen für die Unterhaltsrente ist beachtlich, vergleicht man die Sätze von 1981 mit denen von 1980.

Durch die erhöhten Leistungen der Unterhaltsrente werden Bezieher von Teilunterhaltsrenten Anspruch auf eine Erhöhung der Teilunterhaltsrente haben oder um eine solche ansuchen können, sofern ihre ASVG-Rente nunmehr unter dem Richtsatz der jetzt geltenden Unterhaltsrente liegt.

Diesen Erfolg danken wir der warmherzigen Menschlichkeit unseres so früh von der Welt geschiedenen Sozialministers, Genossen Dr. Gerhard Weißenberg, der noch in den letzten Tagen seines Lebens die Verhandlungen mit dem Finanzminister, Vizekanzler Dr. Hannes Androsch, wegen des budgetären Mehraufwandes geführt hat und alles daransetzte, daß die Novelle so zeitgerecht fertig wurde, daß sie am 1. Jänner 1981 in Kraft treten konnte. Wir werden nie vergessen, daß Genosse Weißenberg — genauso wie seine Vorgänger — immer bemüht war, die Lage der Opfer zu verstehen, berechnete Wünsche zu erfüllen und jenen zu helfen, die einst unter Einsatz ihres Lebens für die Freiheit und Demokratie Österreichs kämpften.

Es liegt wohl auch daran, daß wir stets Entgegenkommen fanden, weil unsere Sozialminister selbst am Widerstandskampf beteiligt waren und verfolgt wurden. Wir danken unserem Genossen Dr. Weißenberg und werden ihn niemals vergessen.

So schmerzlich dieser große Verlust für uns ist, so erfüllt es uns mit Befriedigung, daß wir in Genossen Alfred Dallinger unseren neuen Sozialminister herzlichst begrüßen können. Denn aus Erfahrung

wissen wir, daß Genosse Alfred Dallinger die Probleme der Opfer ebenso gut kennt, daß er viel Verständnis für den Kreis der Opfer und alles, was sie in den finsternen Jahren um ihrer Gesinnung willen erdulden mußten, hat.

Wir sind auch überzeugt, daß wir nie umsonst an seine Tür klopfen werden und bei ihm — das hat er bereits als Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten bewiesen — stets ein offenes Herz und Ohr finden werden.

In diesem Sinne unser Gruß unserem Sozialminister, und wir wünschen ihm eine erfolgreiche Arbeit in seiner neuen Funktion.



Maria Buzek-Coen †.

Eine treue Sozialistin, die ihrer tiefen Gesinnung auch in der Nacht, die über unsere Heimat kam, treu blieb, ist nicht mehr, sie ist aus unserem Kreis getreten.

Als die Zeit immer drohender wurde und man ahnte, daß es denkbar wäre, daß die Demokratie zerschlagen wird, da ließen wir die Nächststehenden, die Freunde, die Genossen

und Genossinnen, Revue passieren, wir fragten uns, wer wohl von diesem oder jenem standhalten würde, wenn die schwere Zeit kommt.

Manche unserer Vermutungen haben sich als falsch erwiesen, denn nicht diejenigen waren es, auf die wir bauen konnten, die vorher sehr oft im Rampenlicht standen, sondern zumeist waren es die Stillen, die ohne viele Worte in der legalen Zeit ihre Parteiarbeit getan hatten, und ebenso selbstverständlich und still setzten sie dieses ihr Tun fort. Waren wir verfolgt und wußten wir nicht, wo wir die kommende Nacht verbringen würden, da kamen wir oft darauf, daß die Türen, die wir als positiv einkalkuliert hatten, schneller zugemacht wurden, als wir sie öffnen konnten, „denn bei mir kannst du nicht sein, ich werde beobachtet“ — aber weit auf gingen die Türen der Stillen, sie waren zumeist arbeitslos, aber bei ihnen fanden wir eine Heimstätte.

Eine von diesen Stillen war Maria Buzek-Coen, nur einen Einzelraum hatte sie und diesen bewohnte sie mit ihren beiden Kindern, aber voll Freude ging die Tür auf und bald saßen wir bei Tee und Brot um den Tisch, und: „Komme jeden Tag, du erfreust uns nur!“ Ja, und wir kamen oft und immer wieder.

Nun aber ist diese treue Genossin aus unserem Kreis getreten, nein, man wird ihr kein Denkmal setzen, kein Lied und kein Gedicht wird von ihr künden, jedoch sie war nicht nur Sozialistin, da sie für die Partei arbeitete. Keiner hatte ihr vorhergesagt, was ein Sozialist tun soll, wenn die Partei verboten ist. Sie wußte es von selbst, sie bot jenen, die gehetzt wurden, still und selbstverständlich ihr bescheidenes Heim an, und daher lebt Maria in den Herzen vieler Menschen weiter, und dies in dankbarer Bewunderung und mit einem Herzen voll Freundschaft!

Und unser Mitgefühl wendet sich ihren beiden Kindern zu, die heute selbst Familie haben! Sie haben eine wunderbare Mutter verloren, wir eine von der sozialistischen Idee tief erfüllte Genossin und eine liebe Freundin in schwerster Zeit!

Haftzulage

Bezüglich der 26. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, welche am 1. 1. 1981 in Kraft getreten ist, hat das Bundesministerium für soziale Verwaltung die Durchführungsverordnungen bereits an die Ämter der Landesregierungen geschickt.

Nachdem diese Novelle erst am 15. Dezember 1980 im Parlament beschlossen worden ist, war es nicht möglich, die Haftzulage von 300 S monatlich bereits am 1. Jänner 1981 anzuweisen.

Die Ämter der Landesregierungen wurden beauftragt, allen Anspruchsberechtigten, die Inhaber einer Amtsbescheinigung nach § 1 Abs. 1 lit. e sind und das 65. Lebensjahr bereits vollendet haben, einen Bescheid zu übermitteln. Diese Arbeit ist sehr umfangreich, aber es werden in der nächsten Zeit den Anspruchsberechtigten die Bescheide zugehen. Voraussichtlich wird es bis April dauern, bis alle Akte durchgearbeitet sind und alle Anspruchsberechtigten Bescheid und Nachzahlung erhalten.

Aus den Landesorganisationen

Steiermark

Alois Hausegger †. Die Bezirksgruppe Kapfenberg der Sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat wiederum einen schweren Verlust erlitten. Nach langer Krankheit verstarb unser Mitglied Alois Hausegger im 80. Lebensjahr. Genosse Hausegger war als Schutzbündler an den Februarkämpfen 1934 beteiligt und mußte viele Monate im Gefängnis verbringen. Die Verabschiedung wurde auf Wunsch des Verstorbenen in der Grazer Feuerhalle in aller Stille durchgeführt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Niemals vergessen!

Kärnten

Am 12. Jänner 1981 fand eine Sitzung statt, bei der Berichte des Landesobmannes und des Kassiers auf der Tagesordnung standen. Landesobmann Präsident Hans Pawlik hielt einleitend eine Trauerminute für die verstorbene ehemalige Schriftführerin unseres Bundes, Gen. Lona Sablatnig, ab und würdigte ihre Leistungen. Weiters teilte er mit, daß einige Interventionen durchgeführt sowie mehrere Anträge auf Verleihung der Befreiungsmedaille gestellt wurden, die positiv erledigt werden konnten. Die Kranzniederlegungen wurden gemeinsam mit den anderen Verbänden durchgeführt und waren zufriedenstellend besucht.

Aus dem Bericht des Kassiers ging hervor, daß die Kassengebarung den Umständen entsprechend gut ist, jedoch Spenden immer rarer werden. Die Weihnachtsaktion aus den Mitteln des Amtes der Kärntner Landesregierung wurde durchgeführt und ein Betrag von 10.000 Schilling an die bedürftigen Mitglieder zur Anweisung gebracht.

Niederösterreich

Anton Gutleder — 70 Jahre. Man sieht es unserem Anton Gutleder nicht an — aber es stimmt. Im Dezember feierte er seinen 70. Geburtstag. Und seine Freunde feierten mit. Der engere Landesverbandsvorstand von Niederösterreich und die Mitglieder des Bezirksgruppenausschusses fanden sich im St. Pöltner Parteiheim ein. In Vertretung der Parteiorganisation erschien Landtagsabgeordneter Karl Gruber. In einer launigen Laudatio wies Landesverbandsohmann Genosse Leo Lesjak auf die Verdienste des Jubilars hin und überreichte ihm sodann namens des Bundesvorstandes die Otto-Bauer-Plakette. Als Vertreter der größten Bezirksgruppen gratulierten die Landesobmannstellvertreter Josef Rohata für Mödling, Erwin Schramm für Wiener Neustadt und Rudolf Winter für Baden. Mit einem gemütlichen Beisammensein wurde die Feier abgeschlossen.

Aus dem Wiener Landesverband

Margareten



Karl Wolf †. Wieder sind wir voll Leid im Krematorium gestanden, denn wir wußten, daß bei der nächsten Sitzung unseres Bundes der Platz unseres Freundes und Mitkämpfers Karl Wolf frei bleiben wird. Genosse Minister Lanc hat das Leben und das Wirken dieses treuen und klugen Sozialisten gewürdigt und hat ihm mit diesen seinen Worten ein Denkmal gesetzt.

Für Genossen Wolf war alles, und wenn es auch noch so schwer gewesen ist, eine Selbstverständlichkeit. Es gibt niemand, der imstande wäre zu sagen, daß Karl, auch

wenn es ihm nicht gutgegangen ist, und das war immer wieder der Fall, eine einmal übernommene Aufgabe nicht ausgeführt hätte. Schon mit 20 Jahren war er Betriebsratsobmann, und er war seinen Kollegen, so lange ein treuer Berater und Helfer, bis ihm 1934 diese Arbeit aus der Hand geschlagen worden ist. Wir wurden alle zu Boden geschlagen, aber auch Karl ist nicht liegengelieben, wir standen auf und mit uns Genosse Wolf, und stolz ging er durch die dunkle Nacht der Illegalität, die erhellt worden ist durch die nicht wiederzugebenden Beweise der Solidarität. Sein Einsatz für die Partei begann schon im Jahre 1919, also als 14-jähriger verstand er schon, worum es ging, und mit 18 Jahren wurde er Mitglied der Partei, wurde Funktionär, bekannte sich zum Schutzbund und damit bereit zum Schutze der Demokratie. Suchte man Genossen Wolf, dann wußte jeder, daß er dort gefunden werden wird, wo eine Arbeit geleistet werden mußte für die geliebte Partei, die ihm so wie uns allen zur Heimat wurde.

Nicht nur wir Freiheitskämpfer wissen, daß unser Karl nicht zu ersetzen ist, das weiß auch die Bezirksorganisation Margareten, dies mußten auch die Genossen der Eifler-Runde verzweifelt zur Kenntnis nehmen, wir alle sind um einen seltenen Menschen ärmer geworden!

Vielleicht haben nicht immer alle verstanden, was man damit meinte, wenn man im Ausland vom „Wunder des österreichischen Vertrauensmannes“ sprach. Wer das Glück hatte, Karl zu kennen, der wußte, daß dieser Ehrentitel Menschen gebührt, so wie Karl einer war und wie er es bleibt, der wunderbare Genosse, der nimmermüde Vertrauensmann und unser aller unvergeßlicher Freund!

Unser besonderes Mitempfinden wendet sich seinen Brüdern Otto und Rudolf zu. Soweit es ihnen möglich ist, sind sie bereit, Karls Arbeit zu übernehmen, denn in ihnen lebt die gleiche Begeisterung und Liebe zur Partei und die gleiche Treue!

Brigittenau



Franz Oberdammer †. Unser Mitarbeiter Genosse Franz Oberdammer ist nach langer Krankheit im Dezember von uns gegangen. Genosse Oberdammer wurde 1893 als Sohn eines Schmiedemeisters in Wien geboren. Mit 16 Jahren ging er zur Marine und blieb dort, bis der Weltkrieg zu Ende war. Er trat in den Gemeindedienst bei der Straßenbahn ein und wurde dort Motorführer. Seit seiner Jugend gehörte er der Sozialistischen Partei an und arbeitete auch in der Gewerkschaft mit. Nach den Februarkämpfen trat er den Revolutionären Sozialisten bei und wurde auch verhaftet. Nach seiner Haftentlassung setzte er seine Arbeit fort. Nach 1945 arbeitete er in der Partei weiter und wurde Mitarbeiter unseres Bundes. Er war bei uns Schriftführer und arbeitete bis zu seiner Erkrankung mit. Genosse Oberdammer hatte auch das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs. Die Abschiedsworte auf dem Döblinger Friedhof sprach Genossin Erna Musik. Wir werden in seinem Geiste die Arbeit fortsetzen und ihm ein treues Andenken bewahren.

Liesing

Franz Marik †. Im Dezember mußte die Bezirksgruppe Liesing Abschied nehmen von einem der Treuesten, unserem lieben Genossen Franz Marik. Trotz seines hohen Alters, 83 Jahre, war er bis zuletzt Kassier unserer Gruppe, insgesamt 27 Jahre. In der Zeit der Verfolgung 1934 war er unerschrockener Kolporteur der „Arbeiter-Zeitung“. Er war Inhaber des 60-Jahre-Ehrenzeichens der Sozialistischen Partei. Ein nimmermüder Kämpfer ging von uns, und alle, die unseren Franzl kannten, werden immer seiner gedenken.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Michael Häupl, Rosa Jochmann, Rudolfine Muhr, Hans Waschek.

Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Mehr Information — das war eine der wichtigsten Forderungen in der Parteireformdiskussion. Mehr Information — nicht nur über aktuelle Fragen der Tagespolitik, sondern auch über grundsätzliche Probleme der sozialistischen Politik, über Probleme und Praxis der Parteiarbeit und über internationale Fragen. Mehr Information: dieser Forderung will das Karl-Renner-Institut mit seinen Broschürenreihen Rechnung tragen.

Prospekte und Bestellungen:

SPÖ-Materialstelle, Löwelstraße 18,
1014 Wien.

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 15. April 1981

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Druck: Druckhaus Vorwärts AG, Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. u. 3. Mi.
17 bis 19 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60 b. Jeden 1. Di.
17 bis 18 Uhr
5, Kohlgasse 27 Jeden 2. u. 4. Mi. 17 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
7, Neubaugasse 25 Jeden Di. 16 bis 18 Uhr
8, Albertgasse 23 Jeden 1. Do.
17 bis 18 Uhr
9, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 80 Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40 Mi. 17 bis 18 Uhr
13, Wolkersbergenstr. Jeden 1. Di. 15 bis 17 Uhr
14, Linzer Straße 297 Jeden 2. Mi. 17 bis 18 Uhr
15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6 Do. 18 bis 19 Uhr
17, Röttergasse 29 (Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62 (nach Vereinbarung)
19, Billrothstraße 34 Di. 16 bis 18 Uhr
Opferfürsorge Jeden 1. u. 3. Do. 16 bis 18 Uhr
20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
21, Prager Straße 9 Jeden 2. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr
22, Donauefelder Str. 259 Jeden 2. Mi. 18.30 bis 19.30 Uhr
23, Liesing, SPÖ-Bez.-Schr., Klublokal
(Parterre),
Breitenfurter Str. 360, Stg. 1 ... Jeden 1. Mo. 9 bis 10 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach tel. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ,
Grillparzerstr. 14/III, Wien 1, Jeden 1. Di.
Landesparteisekretariat 11 bis 12 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
Wr. Neustadt, Wiener Straße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
St. Pölten, Prandauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
Schwechat, Rathausplatz 7, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 14.30 bis 16 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Permaystraße 2,
Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
I. Stock, Pensionistenverband 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Lin z, Landstraße 36/I, Jeden Mo. und Mi.
Zimmer 3 9 bis 11 Uhr
Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Paris-Lodron-Straße Jeden Di. und Fr.
Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56 8 bis 12 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi.
Zimmer 17 18 bis 19 Uhr
Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22
Kapfenberg, Volksheim, Jeden 2. Mi.
Wiener Straße, Zimmer 14 18 bis 19 Uhr
Mürzzuschlag, Bezirks- Jeden 1. Freitag
sekretariat der SPÖ, Grazer Str. 28 ... 14 bis 16 Uhr